

## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Julia Klöckner (CDU)

und

## Antwort

des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur

### Schülerbeförderung

Die **Kleine Anfrage 174** vom 3. August 2011 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Auf welcher rechtlichen Basis ist die Schülerbeförderung durch den ÖPNV geregelt?
2. Wie viele Fälle sind der Landesregierung bekannt, in denen Schulen aufgrund eines geänderten Ferienfahrplans des ÖPNV den Ferienbeginn vorgezogen haben?
3. Wie bewertet die Landesregierung ein solches Vorgehen der Schulen?

Das **Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 24. August 2011 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die Schülerbeförderung ist in § 69 Schulgesetz (SchulG) geregelt. Nach § 69 Abs. 4 SchulG wird die Aufgabe vorrangig erfüllt durch die Übernahme der notwendigen Fahrkosten für öffentliche Verkehrsmittel. Schulbusse sollen eingesetzt werden, soweit zumutbare öffentliche Verkehrsmittel nicht bestehen. Nach § 3 Abs. 4 Nahverkehrsgesetz sollen die Berufs- und Schüleronderverkehre so weit wie möglich in die Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs überführt werden.

Zu den Fragen 2 und 3:

Der Landesregierung sind keine Fälle bekannt, in denen Schulen aufgrund eines geänderten Ferienfahrplans des ÖPNV den Ferienbeginn vorgezogen haben.

In Vertretung:  
Vera Reiß  
Staatssekretärin

